

10 Jahre Islamforum in Rheinland-Pfalz – für Dialog und Zusammenarbeit

Georg Wenz

„Man muss ins Gelingen verliebt sein, nicht ins Scheitern.“ (Ernst Bloch)

Vor 10 Jahren tagte eine kleine Gruppe in Mainz, um über die Einrichtung eines landesweiten Islamforums zu beraten. Gründe dafür fanden sich sowohl in der sogenannten weltpolitischen „Großwetterlage“ als auch in Erfordernissen in Rheinland-Pfalz.

Folgende politische Themen beherrschten das Geschehen:

- Deutschland diskutierte die Folgen einer offiziellen Bezeichnung als „Einwanderungsland“.
- In der Türkei hob die neue AKP Regierung an, das Land einem tiefgreifenden Wandel zu unterziehen.
- Die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon 2001 warfen noch immer weite Schatten und beeinflussten die Sicherheitspolitik.
- Der Irakkrieg und der Afghanistaneinsatz wurden zu den Terrorakten in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt. Der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck erklärte 2002: „Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“
- Der meist gesuchte Terrorist war Osama bin Laden.
- Weitere Terroranschläge wurden 2004 in Madrid und 2005 in London verübt. Diese Anschläge vertieften die Verunsicherungen auch in Deutschland. In der Bevölkerung herrschte Angst und Wut. Man fragte sich: Würde es einen Anschlag auch in Deutschland geben? Würden Schutzmaßnahmen wirksam greifen? Politisch waren zwei Pole miteinander auszutarieren. Die Grundfrage lautete: Dürfen elementare Freiheitsrechte zugunsten von Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden? Zeitgleich beklagte eine gesamte Bevölkerungsgruppe Diskriminierungserfahrungen. Trug man einen arabischen oder türkischen Namen, sanken die Chancen auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Wohnungssuche merklich, wenn nicht dramatisch. Zugleich kursierte der Begriff der „Parallelgesellschaft“. Er suggerierte

Abgeschlossenheit und Intransparenz. Dies wiederum schürte Ängste vor dem Verborgenen, Unzugänglichen, Undurchdringlichen.

- Dabei hatten auch Muslime Angst und Wut - vor und über Terroranschläge(n), die im Namen ihrer Religion verübt worden waren, und angesichts der Gewalt, die sich konkret gegen sie richtete: Im Juni 2004 detonierte eine Nagelbombe in Köln-Mühlheim vor einem türkischen Geschäft. Der rechtsradikale Hintergrund wurde erst sehr viel später aufgedeckt. Auch der Zusammenhang mit den Morden an türkischen Mitbürgern seit dem Jahr 2000 wurde zunächst nicht erkannt. Von der Existenz des NSU wusste die Öffentlichkeit noch nichts. Ihr Morden sollten die Mitglieder noch weiterführen.

Unterschwellig, teils auch maßgeblich, prägte der genannte Horizont das öffentliche Islambild und beeinflusste die Diskussionen und Debatten um den Islam. Beide, Image und Thematisierung, waren meist negativ konnotiert.

Der Blick auf Rheinland-Pfalz zu der Zeit zeigt, dass auf kirchlicher und auf landespolitischer Ebene ähnliche Überlegungen die Einrichtung eines Forums nahelegten. Man wollte mit muslimischen Organisationen ins Gespräch kommen, sich über die Rolle von Religionsgemeinschaften in einem säkularen und pluralen Staat austauschen und religionsrechtliche wie integrative Fragen, die den Islam und Muslime betrafen, aufgreifen.

Einige dieser Themen waren:

- Islamischer Religionsunterricht und damit verbunden die Fragen nach dem Lehrplan, der Ausbildung der Lehrkräfte und der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf islamischer Seite.
- Moscheebau: Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um Standorte und Repräsentativität der Gebäude. Muslimische Träger sahen sich der Schwierigkeit gegenüber, geeignete Baugrundstücke zu finden oder bestehende Immobilien in Moscheen umwandeln zu können. In Ludwigshafen gab es den Vorstoß der Oberbürgermeisterin, eine zentrale Moschee zu errichten. Letztlich entschieden sich die islamischen Träger dagegen und präferierten getrennte verbandseigene Bauten.
- Die Einbindung muslimischer Jugendarbeit in Stadtjugendringe und damit auch der Zugang zu Ressourcen: Ziel war, Jugendleiter nach anerkannten Programmen auszubilden, um Fördermittel für die eigene Arbeit in Anspruch nehmen zu können.

- Soziale Aktivitäten der Moscheen und koordinierte Kooperationen mit anderen Trägern: Es war die Zeit, in der viele Moscheen begonnen hatten, Hausaufgabenhilfe und EDV-Kurse anzubieten.
- Sprachförderung: Im Zuge der Debatten um das Einwanderungsland Deutschland bahnte sich auch in Rheinland-Pfalz die Diskussion um den Spracherwerb an. Sollte die Herkunftssprache gefördert werden oder das Hauptaugenmerk auf Deutsch liegen? Und welche Effekte versprachen die beiden Ansätze für den schulischen Erfolg? Damals lag die Rate der Jugendlichen ohne Schulabschluss unter Migranten in manchen Regionen bei über 20%. Heute sind die Zahlen halbiert.
- Es war auch die Zeit, in der interkulturelles Lernen und interkulturelle Öffnung stärker in den Fokus rückten und damit die Frage nach einem potentiellen Umdenken. Man ahnte, dass die interkulturelle Öffnung sich nicht darauf beschränken ließe, sein Wissen um diverse Aspekte zu erweitern. In der Begegnung mit anderen würde sich die innere Haltung verändern müssen.

All diese Punkte betrafen nicht nur eine Religion oder deren Mitglieder. Schnell zeigte sich, dass das Thema Islam über religiöse oder theologische Fragestellungen hinausreichte und integrative, gesellschafts- und sozialpolitische Dimensionen berührte. Letztlich standen und stehen Aushandlungsprozesse über die gesellschaftliche Entwicklung im Hintergrund.

Es geht darum,

- welche Rolle der Islam in der Gesellschaft spielt und welche Rolle Religion überhaupt;
- welche Entwicklungen der Islam nimmt und welche die Gesamtgesellschaft;
- ob der Islam den bestehenden Strukturen, Institutionsverständnissen und Handlungsmodellen zwischen Staat und Kirchen einzupassen ist;
- ob die Staats-Kirchenverträge analog auf den Islam übertragen werden können und was die Umwandlung des Staats-Kirchenrechts in ein allgemeines Religionsrecht konkret bedeuten würde.

Teil dieser Aushandlungsprozesse um die gesellschaftliche Entwicklung ist die Religionsfreiheit. Zu fragen ist nach ihren Bezugspunkten und Inhalten. Ist sie auf Gottesdienst, Gebet, Seelsorge und religiöse Bildung begrenzt? Oder kann sie auch in Anspruch nehmen, in nichtreligiöse Bereiche des öffentlichen Raums hineinzuwirken, beispielsweise durch das Tragen religiöser Kleidung in öffentlichen

Ämtern, durch bestimmte Öffnungszeiten von Schwimmbädern nur für Frauen oder durch das Verbot von Tanzveranstaltungen am Karfreitag.

Mit diesen Fragen rücken rechtliche Ansprüche, die aus der Religionsfreiheit erwachsen, ins Blickfeld: Dürfen minderjährige Jungen beschnitten werden, darf ein Erbrecht praktiziert werden, das dem Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau widerspricht, dürfen Tiere ohne vorherige Betäubung geschächtet werden, können sich Religionsgemeinschaften außerhalb des Tarifrechts stellen?

Zusammengefasst kreisen diese Themen um den Stellenwert von Religion in der Gesellschaft und um die Positionierung der einzelnen Religionsgemeinschaften in der Gesellschaft und zueinander. Vor diesem Hintergrund konstituierte sich das Islamforum in Rheinland-Pfalz. Es wählte programmatisch den Untertitel „für Dialog und Zusammenarbeit“.

Der Austausch sollte zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Dieses wiederum sollte helfen, sich über die Religionsgrenzen hinaus gemeinsam den anstehenden Aufgaben zu widmen. Es sollte ein informeller Ort geschaffen werden, an dem man ohne Rücksicht auf Mandate offen diskutieren konnte. Es sollten auf diese Weise Entscheidungsprozesse begleitet und kommentiert werden, die muslimisches Leben in Rheinland-Pfalz betreffen.

Ein weiteres Ziel bestand in der Förderung des überregionalen Austauschs. Viele der Fragen stellten sich in den einzelnen Regionen in Rheinland-Pfalz in ähnlicher Weise. Es fehlte jedoch ein Forum für Erfahrungsaustausch, Absprachen und Abstimmungsprozesse. Durch eine solche Koordination wollte das Islamforum zudem einen Beitrag leisten, die Diskussionen über den Islam zu versachlichen. Konfliktthemen, die die Ausübung des islamischen Glaubens und das Zusammenleben in Rheinland-Pfalz betrafen, sollten nicht ausgespart, sondern im Blick auf Lösungsansätze offen diskutiert werden.

Ein Hauptziel der Arbeit des Islamforums lag in der kritischen Begleitung des Aufbaus eines landesweiten islamischen repräsentativen Organs. Mit einer solchen islamischen Religionsgemeinschaft sollte die Voraussetzung geschaffen werden, um den Islam mit anderen Religionsgemeinschaften gleichzustellen und die grundgesetzkonforme Religionsausübung zu gewährleisten.

Mit der Einrichtung des „Runden Tisches Islam“ und mit den Verhandlungen um Verträge zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und muslimischen Verbänden wurden große Schritte in diese Richtung unternommen. Offen ist zurzeit, ob künftig die religiösen Belange in der Zuständigkeit einer zentralen Vertretung der Muslime oder mehrerer islamischer Religionsgemeinschaften liegen werden und welche

Auswirkungen letzteres auf Religionsunterricht, Seelsorge und die Einbindung in öffentliche Gremien hätte.

Doch noch einmal zurück zum Islamforum: In den zehn Jahren seiner Tätigkeit beschäftigte sich das Islamforum mit grundsätzlichen Fragestellungen sowie mit aktuellen Themen. Einige davon wurden in der Zwischenzeit in Regelangebote überführt oder stehen kurz davor wie Islamischer Religionsunterricht. Daneben wären Moscheebau, islamische Bestattungen und Krankenhauseelsorge zu erwähnen. Mehrfach wurde die Diskrepanz zwischen Eigenanspruch und Fremdwahrnehmung thematisiert sowie der Fragekomplex um Vorbehalte, Aufklärungsarbeit und einzubindende Akteure.

Damit rückt die künftige Weiterarbeit ins Blickfeld. Noch einmal begegnen sich globale und regionale Anforderungen. Weltweit stehen die Lebensverhältnisse vor massiven Umwälzungen. In vielen Regionen tobt der Kampf um Ressourcen. Staaten zerfallen, gleichzeitig erstarkt nationalistisches Gedankengut. Auch der religiöse Fanatismus lebt auf. Menschen verlieren ihren Lebensraum, werden als ethnische oder religiöse Feindesgruppen stigmatisiert und blutig verfolgt. Die Zivilbevölkerung wird rücksichtslos Kriegszielen geopfert. Eine sinnlose Zerstörungswut an den ältesten Kulturdenkmälern der Welt beschädigt das kulturelle Gedächtnis der Menschheit unwiederbringlich. Die Mitmenschlichkeit sinkt mit den Bootsflüchtlingen auf den Meeresgrund. Und auch die Hoffnung auf fundamentale Verbesserungen der Menschenrechtssituation erfährt herbe Rückschläge.

Das Islamforum in Rheinland-Pfalz feiert sein 10-jähriges Bestehen in einem Zentrum, das den Namen Ernst Blochs trägt. Der Titel seines Hauptwerks lautet „Prinzip Hoffnung“. In der Einleitung schreibt Bloch: „Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen.“ Die Grundtriebfeder menschlichen Handelns erkennt er im Hunger. Übertragen könnte man formulieren: Die sozialen Bedürfnisse des Menschen müssen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rücken. Es geht um Grundbedürfnisse: um materielle, um zwischenmenschliche und um religiöse oder spirituelle. Und hier liegt zumindest ein Ansatzpunkt für das künftige interreligiöse Gespräch. Die Religionsgemeinschaften geben Antworten auf die Fragen, wer ich bin, welchen Sinn meine Existenz hat und welche Verantwortung ich für meine Mitmenschen trage. Der religiöse Horizont ist die Transzendenz. Religionen leben aus ihrer spirituellen Tiefe. Und sie verbindet ihr Einsatz gegen soziale Ungerechtigkeit. Ihre eigene gleichberechtigte Teilhabe ist indes die Grundvoraussetzung, damit sich eine plurale Gesellschaft entwickeln und entfalten kann.

Doch was ist unter einer pluralen Gesellschaft zu verstehen? Welcher Rahmen hält sie zusammen? Was bringen die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen in sie ein? Wie verorten sie sich in ihr? Plurale Gesellschaften stehen heute vor der Aufgabe

zwei Grundanliegen auszutarieren. Das eine betrifft den Status und die Sichtbarkeit als Minderheit, das andere die Idee der Gleichheit, die weder eine Unterscheidung nach Bevölkerungsgruppen kennt noch in der Wahrnehmung der Einzelperson Glaubensüberzeugungen wertet.

Es wäre utopisch anzunehmen, beide Anliegen könnten konfliktfrei miteinander ausgeglichen werden. Zu unterschiedlich erscheinen die Zielsetzungen der beiden Modelle, zu stark differieren die Interessen. Zu groß ist das Misstrauen zwischen Bevölkerungsgruppen, zu tief sitzen Ängste, die eigene Identität zu verlieren. Und dennoch: Ernst Bloch nannte den dritten Band von Prinzip Hoffnung „Wunschbilder des erfüllten Augenblicks“.

Ein Wunschbild muss nicht unerreichbar sein. Ein Augenblick kann genügen, um das nötige Vertrauen ineinander herzustellen und Verantwortung füreinander zu übernehmen. In beidem liegt eine künftige Aufgabe des Islamforums. Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten werden sich dabei nicht ausklammern lassen. Sie nehmen Einfluss auf das Selbstverständnis der Religionen auch hier in Deutschland und darin indirekt auf die Kategorien und Maßstäbe der gegenseitigen Wahrnehmung und Beurteilung. Es liegt jedoch in der Verantwortung aller Akteure der Abwertung, Diffamierung und Verfolgung von Menschen anderer religiöser Überzeugungen eine solidarische Gesellschaft entgegenzusetzen.

In dieser kommt den Religionen eine besondere Rolle zu. Die Säkularisierungsthese hatte sie in die Ecke gesellschaftlicher Bedeutungslosigkeit gestellt, ohne Belang für die drängenden Fragen der Zeit. In der Verfolgung und im Töten im Namen von Religion und in der Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund religiöser Zugehörigkeit finden die Religionen jedoch ihre aktuelle Herausforderung. Ihre Aufgabe besteht in der Überwindung der Herabstufung Andersgläubiger als dem geistigen Horizont realer Verfolgung. Sie sind gehalten, sich kritisch mit den eigenen Gewaltpotenzialen auseinanderzusetzen und ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben aus ihren Grundsätzen heraus zu entwickeln.

Beides impliziert die Hinwendung zu und die Beschäftigung mit anderen Religionen. Der Angst, in der interreligiösen Begegnung die Unterschiede zu verwischen, steht die Erfahrung gegenüber, tiefer in eigene Glaubensüberzeugungen hineinzuwachsen. Zugleich eröffnet sich die innere Logik anderer Glaubenssysteme und der ästhetische Gehalt religiösen Ausdrucks überwindet Grenzen, etwa in der erhabenen Ruhe unter dem zentralen Kronleuchter in der Moschee oder im ergriffenen Hören eines Bachchorals.

„Alles hat seine Zeit“ heißt es im Prediger Salomos. Die Herausforderungen einer pluralen Gesellschaft sind groß. Ein Forum, in dem offen diskutiert wird, in dem nichts beschönigt zu werden braucht und in dem Diskrepanzen ausgehalten werden können, ist Voraussetzung für eine Arbeit, die langfristige Ziele anvisiert. Zwei

dieser Ziele sind das Mitwirken am Aufbau einer gerechten Gesellschaft und das vereinte Eintreten gegen Extremismus. Die Erfahrungswerte von zehn Jahren Islamforum lassen darauf vertrauen, dass sich trotz der weltpolitischen Ereignisse und Einflüsse auch künftig Menschen unterschiedlicher Glaubenszugehörigkeit in Rheinland-Pfalz in Achtung und gegenseitiger Anerkennung begegnen. Alle sind gefordert, aufbauend auf den Friedenspotentialen der Religionen sich den Aufgaben zu stellen. Alle sind eingeladen, an ihrer Bewältigung mitzuwirken.

Zur Person: Dr. Georg Wenz ist Studienleiter und stellvertretender Direktor der Evangelischen Akademie der Pfalz, Islambeauftragter der Ev. Kirche der Pfalz und Geschäftsführer des Islamforums in Rheinland-Pfalz.